
CHRONIK DER ZEIT

WESTEUROPA IM SCHMELZTIEGEL

In einem der schicksalsschwersten Augenblicke Europas stehen die beiden Großmächte Westeuropas, England und Frankreich, vor großen inneren Entscheidungen. In Frankreich sind Wahlen in diesem Sommer eine Gewißheit, in England eine Wahrscheinlichkeit.

Es bedarf nicht vieler Worte um darzulegen, was Wahlen in England bedeuten würden. Sie müßten diesmal entweder eine Stärkung der Labourregierung im Parlament bringen, so daß die einzige sozialistische Regierung in Europa wieder auf echte Weise regierungsfähig wird, oder sie müßten einen Sturz der Labourregierung und eine konservative Regierung in England bringen. Es steht außer Frage, daß die Welt anders aussehen würde, wenn dies geschähe.

In Frankreich werden in diesem Sommer Wahlen stattfinden, die für die politische und soziale Entwicklung Frankreichs von unübersehbarer Bedeutung sein müssen. Die gaullistische Bewegung wird bei diesen Wahlen zum ersten Male als politische Kraft ins Feld ziehen. Die Wahlen müssen über die Stellung entscheiden, die die kommunistische Partei in Frankreich innehält. Sie werden zeigen, ob in Frankreich noch eine tragfähige Grundlage einer stabilen und starken Regierung gefunden werden kann.

In beiden Ländern hat in den jüngsten Monaten eine Abnützung der Staats- und Regierungsgewalt stattgefunden. Die Konservativen in England benützen die schwache Mehrheit der Labourregierung dazu, um bis in die späten Nachtstunden hinein Tag für Tag Abstimmungen zu erzwingen und auf diese Weise einen Abnutzungskrieg gegen die Labourregierung zu führen. Schon ist die Regierung dazu übergegangen, gewisse Entscheidungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinauszuschieben (so die Preisregulierungen), um den Konservativen die Möglichkeit zu nehmen, Anträge im Parlament zu stellen, die der Entnervung der Regierung dienen sollen. Die Taktik der Konservativen ist mancher Kritik, auch im eigenen Lager, ausgesetzt, auch wenn selbst ein so ruhiges Blatt wie die „Times“ es durchaus in Ordnung findet, daß die Opposition mit allen Mitteln den Sturz der Regierung herbeiführen will, und daß die Regierung auf der anderen Seite versucht, so lange auszuhal-

ten wie nur irgend möglich. Immerhin hat die Labour Party ihren Organisationen schon mitgeteilt, daß man in nächster Zeit mit allgemeinen Wahlen rechnen müsse. Die großen sozialen und politischen (weltpolitischen) Entscheidungen verlangen heute in allen Staaten eine Regierung, die wirklich zu regieren vermag.

In Frankreich stellen sich in einer verschiedenen Gestalt und auf andere Weise dieselben grundsätzlichen Probleme. Die verworrenen Parteiverhältnisse, die Abwesenheit großer tragender Parteien, die Zerstückelung der politischen Entwicklungen und staatlichen Autoritäten hat dazu geführt, daß Frankreich — das muß als Tatsache festgestellt werden — im Augenblick nicht die starke und unerschütterliche Regierung mit klaren Zielen und einem festen Programm hat, wie sie inmitten der großen sozialen Erschütterungen Frankreichs und Europas und in einem bedrohlichen Augenblick der weltpolitischen Entwicklung nötig wäre. Frankreich hat noch zusätzliche Belastungen seiner inneren wirtschaftlichen und sozialen Politik zu der allgemeinen sozialen Unruhe hinzu, wie sie die Rüstung und ihre Belastungen mit sich bringen. Frankreich hat nie eine Währungsreform in dem notwendigen Umfange und mit der gebotenen Härte durchgeführt. Es war das gelobte Land des Rentnenkapitalismus. Die Rentner waren lange eine bestimmende Schicht in Frankreich. Krieg und Niederlage aber haben das Kapital und das Eigentum aufgezehrt, das eine Rente an große und breite Schichten der Bevölkerung erlaubte. Dieses Renteneinkommen aber ist wegen des Gewichts, das die Rentnerschichten bei den Wahlen haben, nie in dem erforderlichen Umfange zusammengestrichen worden. Ein Überhang an Kaufkraft blieb daher die ganzen Jahre hindurch bestehen. Frankreich ist im Grunde nie aus der Inflation herausgekommen. Die Lohn-Preisspirale hat sieh die ganzen Jahre hindurch gedreht.

All dies geschah, während durch eine geradezu tragische Verstrickung die Gewerkschaften unter kommunistischen Einfluß gerieten. Das ist eine der großen echten politischen Aufgaben, vor denen Frankreich bei diesen Wahlen im Sommer stehen wird. Das politische Trägheitsgesetz hat es mit sich gebracht, daß die Kontrolle der Kommunisten über einen großen Teil der Gewerkschaften auch bestehen geblieben ist, als der Einfluß der Kommunisten in

den Gewerkschaften und im Staat immer mehr zurückgegangen ist.

Die tragische Verstrickung liegt nun darin: Lohn- und Arbeitskämpfe in Frankreich haben in aller Regel ein doppeltes Gesicht. Der kommunistische Apparat bemächtigt sich für seine politischen Zielsetzungen durchaus berechtigter sozialer Forderungen der Arbeiter. Entweder die Arbeiter verzichten auf die Durchsetzung ihrer sozialen Forderungen, oder sie laufen Gefahr, bei dem Kampf um ihre sozialen Forderungen politische Zwecke der Kommunisten zu fördern.

Niemand bestreitet auf der einen Seite, daß all diese Arbeitergruppen berechnete Klagen vorzubringen haben. Niemand bezweifelt auf der anderen Seite auch, daß die Kommunisten ihre eigenen Ziele mit diesen großen Streikbewegungen verbinden. Der Gewerkschaftsapparat, so wie er ist — das heißt ein zum Teil von den Kommunisten beherrschter Apparat — ist eines der wesentlichen Mittel für diese Arbeitergruppen, ihre Ziele zu erreichen. Eine zurückhaltende Politik der Kommunisten in den letzten Monaten und ein Abklingen der internationalen Spannungen allein hat es überhaupt möglich gemacht, daß die Arbeiter diesmal wieder den Losungen der zum Teil kommunistischen Gewerkschaften gefolgt sind. In einem Augenblick großer internationaler Gefahr hätten die breiten Arbeitermassen sich gescheut, einer Aktion zuzustimmen, die auch nur von weitem her die eindeutig landesverräterischen Ziele der Kommunisten gefördert hätte. In einem Augenblick einer gewissen Beruhigung der Weltlage waren derartige Arbeits- und Lohnkämpfe wieder möglich, wenn man einmal davon absieht, daß solche Dinge sich ziemlich planmäßig bei großen internationalen Konferenzen in Paris zu ereignen pflegen, genau so wie anscheinend die Regierungskrisen zum Vorprogramm der großen Pariser Tagungen zählen.

Es ist für die soziale und gewerkschaftliche Bewegung der gesamten Welt von außerordentlicher Wichtigkeit, ob die kommenden Wahlen eine starke demokratische Regierung möglich machen, die in der Lage wäre, mit all diesen großen Problemen Frankreichs fertig zu werden.

SCHATTEN ÜBER DEM MITTLEREN UND VORDEREN ORIENT

Fast über Nacht ist in der Weltpolitik ein Szenenwechsel auffälligster Art eingetreten. Der Scheinwerfer des weltpolitischen Interesses wanderte von Korea und Deutschland weg auf Persien zu. Beleuchtungseffekte fehlten dabei keineswegs: po-

litische Morde, ein dramatischer Verstaatlichungsbeschluß, diplomatische Proteste und eine Krisenatmosphäre in den Hauptstädten der Weltmächte. Die persische Krise rückt nicht nur einen neuralgischen Punkt in der Weltpolitik ins Licht, sie zeigt auch die verhängnisvolle Verstrickung zwischen internationaler Politik und den großen sozialen Fragen der Stunde.

Der Mord an dem persischen Premier Razmara wurde in den ersten Tagen sozusagen für „harmlos“ erklärt. Ein religiöser Fanatiker habe die Tat vollbracht. Wenige Tage danach nahm das persische Parlament einen Beschluß über die Verstaatlichung der Ölfelder an, dem sich Razmara widersetzt hatte. Man erfuhr, daß die Sowjetunion sich leidenschaftlich für den Verstaatlichungsbeschluß eingesetzt hatte. Der Verdacht lag nahe, daß die politischen Unruhen und der politische Mord durch ihre Agenten angezettelt worden waren. In London schlug der Beschluß wie eine Bombe ein. Die großen britischen Interessen an den Ölquellen im Iran schienen ernsthaft bedroht. Es rückt — was noch weit schlimmer ist — in den Bereich der Möglichkeit, daß die Ölquellen im Iran unter sowjetische Kontrolle geraten könnten. In jedem Falle aber würde ein Öltrust in persischem Staatsbesitz — wegen der persischen Neutralitäts- und Schaukelpolitik — das Öl gleichmäßig an Ost und West verkaufen müssen. In der Verteilung eines wesentlichen strategischen Rohstoffes würde eine empfindliche Verschiebung eintreten. Nähme man an, daß die persischen Ölquellen ganz den Sowjets zur Verfügung stehen würden, dann würde sich das Verhältnis der vom sowjetischen Machtblock kontrollierten Erdölproduktion und der dem Westblock zur Verfügung stehenden Produktion von 1:6 auf 1:3 verschieben. Wesentlicher noch als diese Veränderung in dem globalen Verteilungsschlüssel des Erdballs wäre der Ausfall des iranischen Öls für das militärische System des Westens im Mittleren und Vorderen Orient und im Mittelmeergebiet. Die lebenswichtige Versorgung der Kriegsschiffe, der Luftstützpunkte und der Landarmeen des Westens in diesem strategisch unendlich wichtigen Raum könnte erheblich beeinträchtigt werden.

Der Prozentsatz der Gewinnbeteiligung, den der persische Staat von den Erdölgesellschaften erhält, ist nicht das Entscheidende. Die Anglo-Iranian Oil Company war sicher nicht sehr großzügig. Aber auch wenn sie es gewesen wäre, würde die Lage nicht sehr viel anders sein. Die Gesellschaft hat dem Land große Vorteile gebracht. Die Beträge, die der persische Staat von der Gesellschaft erhielt, waren

durchaus namhaft und hätten dem Land unendlich nützen können, wenn sie eben nicht von korrupten Regierungen verschleudert worden wären. Persien, technisch zurückgeblieben, kapitalarm, ohne ausreichende Fachkräfte, wäre nicht in der Lage, die Erdölquellen selber mit dem höchsten Nutzen auszubeuten. Die verstaatlichten Erdölunternehmen würden wahrscheinlich dem persischen Staat einen weit geringeren Profit abwerfen, als bisher die Anglo-Iranian Oil Company zahlte. Daher rührt ja das weltpolitische Erschrecken, das dem Verstaatlichungsbeschluß folgte.



Wer allerdings im Kriegsfall die Hand auf das persische Öl legen würde, darüber besagen all diese Überlegungen wenig. Das Land ist ernsthaft gegen einen sowjetischen Einfall kaum zu verteidigen. Die Ölquellen würden bei kriegerischen Verwicklungen den Westmächten so oder so nicht zur Verfügung stehen. Gewiß würden auch die Sowjets keinen allzu großen Nutzen von den persischen Ölquellen haben, selbst wenn sie unzerstört in sowjetische Hand fallen. Denn die Mittel zum Abtransport sind gering. Es gibt nur ganz schlechte Eisenbahnverbindungen von Persien nach der Sowjetunion. Nun spielen die Überlegungen des geregelten Nachschubs im sowjetischen Denken nicht die Rolle wie im westlichen. Die rigorosen Methoden der Sowjets garantieren oftmals einen Nachschub auch da, wo westliche Kommandeure ihn als unmöglich ansehen würden.

Die USA versuchen gelegentlich, durch Waffenlieferung die Wehrlosigkeit Persiens gegenüber einem sowjetischen Einfall zu beseitigen. Diese Waffen werden zwar mit freundlichen Worten angenommen, aber daraus entsteht noch kein modernes, schlagkräftiges, diszipliniertes Heer. Eigene Truppen kann der Westen in Persien nicht

stationieren, da das Land kraft internationaler Abmachungen neutralisiert ist. Die Vereinigten Staaten sind weit, und die Sowjetunion ist nahe.

Die militärische Anfälligkeit Persiens aber ist nur ein Ausdruck seiner wirtschaftlichen und sozialen Gebrechlichkeit. Um eine Militärmacht zu sein, die in der heutigen Welt zählt, bedarf es eines gesunden Wirtschafts- und Sozialgefüges, einer höchst entwickelten, leistungsfähigen Industrie, eines gut funktionierenden Staatsapparates. Das Land ist aber wie fast alle asiatischen Staaten gekennzeichnet durch Rückschrittlichkeit, Korruption und Armut. Persien ist in den Händen der Großgrundbesitzer und der mit ihnen verfilzten Schichten des Wucher- und Spekulationskapitalismus (im Sinne Max Webers), der Kaufleute, der Gelddleute und Wucherer, bestimmter Gruppen von Regierungsbeamten, die von Staatsgeschäften und vom Bestochenwerden leben. Die industrielle, unternehmerische Bourgeoisie fehlt ebenso wie der Kapitalismus als fortschrittliche Kraft (im westlichen Sinne), Träger der Reformen und des Fortschritts ist in gewissem Maße der Schah mit seinem aufgeklärten Absolutismus. Aber dieser fortschrittliche Absolutismus ruht auf zu dünnen Grundlagen. Es fehlt der Rückhalt einer festgefügt politischen Bewegung und ein wirkungsfähiger Regierungs- und Beamtenapparat. Was an sozialer Bewegung im Land besteht, ist dumpfer und primitiver Art, reiner Haß des armen Volkes, ohne einen Hauch konstruktiver Ziele über die Befriedigung des Ressentiments und der Beutegier hinaus. Die politische und soziale Ordnung ist außerdem belastet durch das Vorhandensein von feudalen, noch nicht einmal recht seßhaften Stämmen, die für jedes politische Unternehmen und von jeder in- und ausländischen Macht ziemlich billig gekauft werden können. Im Lichte dieser Tatsachen ist der Verstaatlichungsbeschluß des persischen Parlaments zu sehen. Dieses Parlament wird beherrscht von den Klassen Persiens, wie sie eben beschrieben wurden. Nichts wäre falscher, als in einem solchen Beschluß ein Zeichen zu sehen, daß Persien den Weg moderner Sozialpolitik geht. Die „Verstaatlichung“ kann sehr wohl dazu führen, daß die Erträgnisse der Ölquellen eine Beute des Wucher- und Abenteuerkapitalismus werden.

Im Spannungsfeld der internationalen Politik und der sozialen Krise; zugleich — wobei die sozialen und internationalen Spannungen sich gegenseitig vergiften — zeigt Persien auf fast erschreckende Weise den Zusammenhang der großen Weltpolitik mit den sozialen Problemen der Zeit.